

MANSFELD LINKS

INFORMATIONSBLATT

DIE LINKE.
Kreisverband Mansfeld-Südharz

15.(18.) Jahrgang

Nr. 12/2008

27.11.2008

Angelika Klein

Konzept der Kreisverwaltung zur Haushaltskonsolidierung abgelehnt

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Kreistagssitzung am 22. Oktober 08 den fortgeschriebenen Vorschlag der Kreisverwaltung zur Haushaltskonsolidierung abgelehnt. Der Kreis befindet sich in der vorläufigen Haushaltsführung, d.h. Vereine und Verbände bekommen gegenwärtig nur Geld weil die Sparkasse Mansfeld-Südharz eine entsprechende Ausschüttung vorgenommen hat. Investitionen dürfen nur getätigt werden, wenn es mehr als 80 % Fördermittel gibt. Das Landesverwaltungsamt erwartet vom Kreis eine weitere Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes bis zum 30. Oktober 08. Die Entscheidung war und ist für uns Kreistagsmitglieder nicht einfach. Aber nach einer langen Diskussion in der Fraktion haben wir uns entschlossen, dem vorgelegten Vorschlag nicht zu zustimmen.

Bis jetzt hat uns die Kreisverwaltung noch keine Eröffnungsbilanz vorgelegt. Wir mussten bei der Diskussion um den Haushalt 2008 von einem Jahr 2007 ausgehen, wo überall eine Null stand. Ein Vergleich der angesetzten Gelder für die einzelnen Positionen war und ist bis jetzt nicht möglich. Es gibt bis jetzt noch kein Personalkonzept. Die Fusion zweier Kreise und damit auch des Personals ist ein schwieriger Prozess, dafür haben wir Verständnis. Aber ein Großteil der Kreisfinanzen wird für Personalkosten gebraucht. Deshalb wird eine langfristige Strategie benötigt, wie sich die Personalentwicklung vollzieht, d.h. es muss erkennbar sein, welche Bereiche müssen welche Entwicklung nehmen, aber auch wie ist

die Altersstruktur der Kreisverwaltung, wann gehen MitarbeiterInnen in Rente, gibt es eine Ausbildungsstrategie für die Schwerpunkte. All diese Fragen sind noch offen.

Wir haben außerdem im September 08 den Vorschlag gemacht, die Krankenhaus-Holding nach erfolgter Fusion der Krankenhäuser zeitnah aufzulösen und das Krankenhaus wieder dem kommunalen Eigentum als Konsolidierungsbeitrag zu zuführen. Dieser Antrag sollte geprüft werden, Eine Antwort liegt bis jetzt noch nicht vor. Wir halten diese Frage aber für sehr bedeutend, denn durch die Übertragung von 94,9 % des kommunalen Eigentums an den beiden Krankenhäusern auf die Holding wird der Kreis für 2008 eine negative Bilanz beim Eigenkapital haben. Im Gutachten von Price Water House vom Frühjahr 2008 und dem darauf aufbauenden Beschlussvorschlag für den Kreistag von April 2008 war aber ausdrücklich darauf verwiesen worden, dass es keine negative Auswirkungen für den kommunalen Haushalt geben wird.

Außerdem soll laut Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes ein Verkauf von Anteilen an der Krankenhaus-Holding geprüft werden. Damit sind wir wieder dort, wo wir vor dem Beschluss des Kreistages waren, die Krankenhäuser nicht zu verkaufen.

Ein weiterer Punkt, der noch offen ist, ist die ausstehende Antwort des Landesverwaltungsamtes auf den Widerspruch des Landrates zu den

Fortsetzung Seite 2 unten

Weiterer Inhalt:

Seite 2 15 Jahre „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e. V.

Seite 3 Grüß Gott, da bin ich wieder

Seite 4 9. November – nur „Mauerfall“ und „Holocaust“?

Seite 5 DDR - Unrechtsstaat?

15 Jahre „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e. V.

Am 18. Oktober stand das Gesellschaftshaus der Landeshauptstadt mit seinem prachtvollen Gartensaal dem kommunalpolitischen Bildungverein unseres Bundeslandes für seine Jubiläumsfeier anlässlich seines fünfzehnjährigen Bestehens zur Verfügung.

Sowohl in der Festansprache als auch in den Grußworten der Gäste fand das Grundanliegen des „kommunalpolitischen forum“ Sachsen-Anhalt e. V. Anerkennung für die geleistete Arbeit gegenüber Abgeordneten, Kommunalpolitikern und kommunalpolitisch Interessierten mit seinen konzeptionellen Angeboten und seinem praktischen Rat. Seit 1993 organisierte und organisiert der ehrenamtlich arbeitende Verein eine Vielzahl Bildungsveranstaltungen zur gesamten Themenpalette der Kommunalpolitik, fördert Erfahrungsaustausche zwischen Mandatsträgern und Interessierten. Mit seinen wissenschaftlichen Veranstaltungen hat er bei der Erarbeitung von Programmen vielfältige Unterstützung gegeben.

Die Gäste erinnerten daran, *„dass besonders seit der Bundesparteitag in Dresden die Kommunalpolitischen Leitlinien verabschiedet hat, der Stellenwert der kommunalpolitischen Bildungsarbeit gewachsen ist. Die Umsetzung dieser Leitlinien erfordert auch eine kritische Überprüfung der eigenen bisherigen Politikansätze und Arbeitsweisen sowie eine nachhaltige Selbstveränderung bei allen Akteuren.“*

Der Vorstand dankte den Gästen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen, den Vertretern der Kommunalakademie Berlin, dem Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte und ganz besonders der Hauptrednerin Katrin Kunert für ihre in herzlichen Worten vorgetragenen bzw. in Schriftform überreichten Grüße.

Nachtrag zu

„Neue Friedhofsatzungen für Hettstedt“

Manchmal sollte man doch Vertrauen haben in die Hettstedter Stadträte der verschiedenen Fraktionen. Eine Erhöhung der Gebühren für Reihengräber hat es im Stadtrat trotz der vorher beschlossenen Erhöhung der Liegezeiten von 20 auf 30 Jahre nicht gegeben. Es bleibt also bei 286

Euro, so dass sich die Mitteldeutsche Zeitung gemüßigt fühlte, von Dumpingpreisen zu sprechen. Ein kleiner Erfolg für DIE LINKE im Rat. Ausdauer macht sich manchmal doch bezahlt.

H.R.

Fortsetzung von Seite 1

Konzept der Kreisverwaltung zur Haushaltskonsolidierung abgelehnt

Auflagen des Landesverwaltungsamtes.

Aber auch die übrigen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung sind kritisch zu hinterfragen. So sollen sämtliche Zuschüsse an Vereine und Verbände mit Ausnahme des Sportes (30 %) gestrichen werden. Wenn es die Sparkasse nicht gegeben hätte, hätten sie bereits dieses Jahr nicht bekommen. Und die Einsparungen gerade hier bringen uns vom Schuldenberg nicht runter. Auch die geplanten Veräußerungen sind problematisch. Was nicht über Wert verkauft wird, schlägt sich negativ auf das kommunale Eigentum. Also haben wir noch mehr zu konsolidieren.

Dazu kommt, dass der Bund z.B. seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft kürzt, der Kreis aber in der Pflicht ist, zu zahlen und das bei gestiegenen Betriebskosten.

Der Landkreis Mansfeld-Südharz wie auch die anderen Landkreise in Sachsen-Anhalt brauchen eine angemessene Finanzausstattung, die sie überhaupt in die Lage versetzt, ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge gerecht zu werden, und dann kann über Schuldenabbau geredet werden.

Angelika Klein, ist MdL und Mitglied des Kreistages Mansfeld-Südharz

Lothar Hentschel

Grüß Gott, da bin ich wieder Nicht ich, sondern der Alte – Marx!

Die politischen Eliten in Europa und den USA stehen fassungslos vor der weltweiten Finanzkrise. Diese Krise hat einen Namen: „Kapitalismus“.

Sprach man das Wort Kapitalismus noch vor Wochen aus, bekam man von der politischen und wirtschaftlichen Elite dieses Landes Schelte, man wurde ermahnt, doch lieber soziale Marktwirtschaft zu sagen. Was ist in diesem Land noch sozial? Es ist ein sterbender Kapitalismus, also das höchste Stadium, der Imperialismus.

Zig Millionen wurden von den Banken an der Börse verzockt. Und jetzt, wo ihnen die Finanzblase platzt und sie Milliarden verlieren, rufen sie lautstark nach dem Staat, nach unseren Steuergeldern des kleinen Mannes. Da stellt sich ein Ackermann hin und sagt, er verzichte in diesem Jahr auf die Prämie von 33 Millionen zusätzlich zu seinem Gehalt. Was ist das doch für ein Samariter?

Verluste sollen sozialisiert werden und Gewinne werden privatisiert!

Die gleichen Leute, die gegen den gesetzlichen Mindestlohn wettern, die gegen das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit anschreien, verlangen jetzt für sich das Recht auf Profit. Wegen der Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro wird tagelang im Parlament diskutiert. Über 26 Milliarden für die Hypo Real Estate Bank wurde über Nacht entschieden. Das hat nichts mehr mit wahlgepriesener bürgerlicher Demokratie zu tun, das ist die Diktatur der Ökonomie.

Die Ursache dafür, dass unzählige Banken vor dem Zusammenbruch stehen, sind ihre Spekulationsgeschäfte mit hohem Risiko. Und das hat System und heißt Kapitalismus pur. Doch warum sollen Steuergelder mit Milliarden für deren Rettung aufkommen?

470 Milliarden wollen Frau Merkel und Herr Steinbrück den Banken aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen. Eine unvorstellbare Summe. Um sie etwas zu verdeutlichen: Wer von Geburt an jede Woche eine Million im Lotto gewinnt und dies 52 Wochen im Jahr, der wird zu seinem 80. Geburtstag nur 4 Milliarden Euro haben. Diese ungeheure Summe, die den Banken zum Teil direkt zufließt und andererseits als Ga-

rantien gegeben wird, ist im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitscht worden. Das Geld, das angeblich fürs Gesundheitswesen, für armutsfeste Renten, für Hartz IV oder ein besseres Schulsystem fehlt, ist über Nacht im Überfluss vorhanden. Ich fordere, die Banken sofort zu verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle des Volkes zu stellen, die Verzocker bis auf ein halbe Million zu enteignen. Des Weiteren fordere ich eine radikale Kürzung von 30 Milliarden an Rüstungsausgaben. Die rund 911 Millionen schluckenden Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen sofort beendet werden. Alle Soldaten, ab in die Heimat! Alle Subventionen aus dem Staatshaushalt für das Großkapital und die Banken sind zu streichen!

Was wir brauchen, ist ein Beschäftigungsprogramm, das die Massenkaufkraft ankurbelt durch höhere Löhne, höhere Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger, höhere Renten und nicht nur 1,1 Prozent, höheres Arbeitslosengeld sowie eine Steuerentlastung für untere Einkommen.

Diese Krise wird enorme finanzielle Lasten und unzähliges Leid für die Bevölkerung bringen. Leute, seid wachsam und wehrt euch gegen diese soziale Kälte und den sozialen Abstieg. Lasst in eurem Kampf nicht nach! Für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde!

(20. Oktober 2008)

30 Monate CDU-SPD-Koalition Halbzeitbilanz der Linken

steht in den Wahlkreisbüros unserer Partei zur Verfügung bzw. auch im Internet unter www.linksfraktion.lsa.de

Impressum

Herausgeber: AG Mansfeld Links
im Kreisverband Die Linke, Mansfeld-Südharz
Postfach 10 11 51
06295 Sangerhausen

Die AG ist zu erreichen über:
06333 Hettstedt, Obertor 2 ☎ (03476) 81 12 70
Fax (03476) 81 12 75

e-mail mansfeld-links@die-optimisten.net
internet www.pds-mansfelder-land.de

Ein Exemplar jeder Ausgabe kostet die Herausgeber 1 €

Roland Wagner

9. November – nur „Mauerfall“ und „Holocaust“?

Es war schon erstaunlich, die Meldungen der Zeitungen, des Rundfunks und Fernsehens um den 9. November zu verfolgen. Nur ganz nebenbei und fast verschämt (MDR-Moderator) wurden die Novemberereignisse erwähnt - das Wort Revolution bewusst ignoriert. Nur das ND widmete sich in der Wochenendausgabe ausführlich dem Ereignis, das die Entwicklung eines demokratischen Deutschlands ganz entscheidend bestimmte - dem 90. Jahrestag der Novemberrevolution. Die MZ hielt in einem Artikel über die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates in Eisleben sogar für das Wichtigste: „Niemand brauchte seine Gesinnung zu ändern“, vermied bewusst den Begriff Revolution und vergaß ganz natürlich, dass dieses Ereignis gewaltige revolutionäre Folgen im Mansfelder Land der 20er Jahre hatte.

Was war in der Novemberrevolution geschehen? Der Matrosenaufstand in Kiel am 4. November 1918 mündete am 9. November in machtvolle Massenaktionen Berliner Arbeiter, die zur Abdankung des Kaisers, damit zur Beseitigung der Monarchie in Deutschland und letztlich auch zur Beendigung des 1. Weltkrieges führten. SPD-Führer Scheidemann rief die demokratische Republik, Karl Liebknecht von der Spartakusgruppe vom Balkon des Berliner Schlosses (heute noch zu sehen!) die sozialistische Republik aus. Mit dem Reichsrätekongress am 19.12.1918 übernahm der so genannte Rat der Volksbeauftragten, von der SPD-Führung dominiert, die Regierungsgewalt. SPD-Führer, die noch vor dem 9. November zu „Ruhe und Ordnung“ aufgerufen hatten, versuchten, die Revolution in ein bürgerlich-demokratisches Fahrwasser zu leiten, keinesfalls in eine Räterepublik, und scheuten nicht einmal davor zurück, ein Bündnis mit der alten kaiserlichen Heeresführung einzugehen. Erinnert sei an SPD-Führer Noskes Ausspruch: „Einer muss der Bluthund sein.“

Die an der Jahreswende 1918/19 gegründete KPD war damals nicht in der Lage, die Führung der Revolution zu übernehmen. Die Januarabwehrkämpfe - auch als „Spartakusaufstand“ bezeichnet - wurden blutig niedergeschlagen, ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 ermordet.

Trotzdem war die Novemberrevolution eine entscheidende Wende in der Geschichte Deutschlands: Der 1. Weltkrieg wurde beendet, die Monarchie in ganz Deutschland beseitigt und die

Weimarer Verfassung führte zu ganz entscheidenden demokratischen Fortschritten wie

- Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen,
- Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit.

In der Weimarer Republik wurde der Reichspräsident direkt vom Volk gewählt - warum eigentlich heute nicht der Bundespräsident?

Das Verhältniswahlrecht gestattet allen Parteien die Teilnahme an parlamentarischen Gremien - warum heute die 5%-Klausel?

Die Länderkammer hatte nach der Weimarer Verfassung geringe Mitwirkungsrechte, um die staatliche Einheit gegenüber der Kleinstaaterei zu garantieren - warum heute die Bildungskleinstaaterei?

Wenn auch die Herrschenden und die von ihnen dominierten Medien das Wort Revolution so sehr fürchten, müssen wir dafür eintreten, die in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen Grundrechte zu verteidigen (siehe Schäuble!) und durch die damals leider nicht erreichte soziale Demokratie ganz entscheidend zu erweitern.

Die Novemberrevolution 1918 war und bleibt ein Markstein deutscher Geschichte.

Termine

Kreisvorstand

Do.	08. Januar	18 Uhr	Sangerhausen Sonnenland
-----	------------	--------	----------------------------

Arbeitspräsidium

Do.	29. Januar	18 Uhr	Sangerhausen Sonnenland
-----	------------	--------	----------------------------

Erfahrungsaustausch der BO-Vorsitzenden

Do.	29. Januar	16 Uhr	Sangerhausen Sonnenland
-----	------------	--------	----------------------------

Kreisvertreterversammlung

Sa.	17. Januar	10 Uhr	Eisleben Graf von Mansfeld
-----	------------	--------	-------------------------------

Klausur des Kreisvorstandes mit den Kreis- und Stadtfractionen

Sa.	17. Januar	14 Uhr	Eisleben Graf von Mansfeld
-----	------------	--------	-------------------------------

Neujahrsempfang

Mo.	19. Januar	17 Uhr	Benndorf
-----	------------	--------	----------

Kreisvorstand – Jahresauftakt

Fr.	30. Januar		Vatterode
-----	------------	--	-----------

Leserbrief vom 6.11.2008

Walter Hippmann

DDR - Unrechtsstaat?

Die Rentenpolitik der Bundesregierung

Die Nazi-Ideologie, ihre Propaganda und die Politik von Hitler, Göbels, Göring u.a. Nazi-Führern hatten verheerende Folgen.

Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 oder die Reichsprogromnacht vor 70 Jahren belegen, dass das deutsche Volk systematisch auf den 2. Weltkrieg vorbereitet wurde.

Die Bilanz des 2. Weltkrieges nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands am 08.05.1945:

55,5 Millionen Opfer,
allein in der Sowjetunion: 22 Millionen Soldaten
und 7,4 Millionen Zivilisten

Es gab 1634 KZ; einschließlich Außenkommandos. Die KZ waren das Symbol des gesamten Holocaust, in denen millionenfache Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Das KZ Auschwitz war das Größte. 1,1 Millionen Menschen wurden dort ermordet.

Der 2. Weltkrieg hatte schreckliche Folgen. Neben der Zerstörung vieler Städte, Dörfer und der Infrastruktur in ganz Europa und in Deutschland war es eine große menschliche Tragödie. Millionen Menschen hungerten, sie waren verletzt, traumatisiert; in jeder Familie sind engste Familienangehörige im Krieg gefallen oder sie wurden ermordet.

Der erste Mann meiner Mutter starb an der Front.

Tausende Menschen wurden umgesiedelt. Meine Großeltern wohnten in Jügendorf (CSSR); sie mussten Haus und Hof verlassen. Grundlage dafür waren die Benesch-Dekrete. Meine Großeltern zogen in das Mansfelder Land nach Bennendorf. Mein Großvater, Heinrich Hippmann, arbeitete bis in den 60er Jahren als Obersteiger (Wettersteiger) im Brosowski- und Thälmannschacht.

Mein Vater arbeite 1945 bei einem Bauern in der Nähe von Riesa und erlebte die Luftangriffe über Dresden. Der Himmel am Horizont war blutrot. In diesem Augenblick wusste er, dass etwas Fürchterliches passiert ist. Vor allem auch dieses Ereignis prägte später seine Haltung, dass

von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Mein Vater und meine Mutter studierten in Halle, wurden Neulehrer. Meine Mutter war etwa 25 Jahre Direktorin an verschiedenen POS in der DDR. Den Titel eines Oberstudienrates hatte sie sich redlich erarbeitet. Sie starb 1988.

Mein Vater war einige Jahre im Parteiapparat. Der Oberbürgermeister von Magdeburg Philipp Daub holte meinen Vater in seine Behörde und er wurde Stadtrat für Kultur danach Stadtschulrat.

Seit Anfang der 60er Jahre war mein Vater direkt wissenschaftlich tätig und bildete Deutschlehrer aus. Zunächst war er Dozent am IFL. Im Rahmen der DDR-Hochschulreform wurde aus dem IFL die PHS Magdeburg. Dort wurde mein Vater Hochschullehrer sowie Direktor für Erziehung und Ausbildung. Er absolvierte im Fernstudium die Parteihochschule, promovierte und wurde 1972 an die APW berufen, habilitierte, wurde Professor und war bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 1990 Abteilungsleiter an der APW in Berlin.

Mein Vater trug Verantwortung für die Lehrpläne und die dazugehörigen Unterrichtshilfen in den Fächern, Deutsch, Kunsterziehung und Musik.

Von meinem Vater weis ich, dass an der Ausarbeitung der Lehrpläne viele erfahrene Lehrer und auch ehemalige Fachberater beteiligt waren, die als Wissenschaftler an der APW arbeiteten. Die Lehrpläne wurden im Ministerium für Volksbildung noch einmal geprüft und, wie mir mein Vater sagte, wurden sie in der Regel ohne wesentliche Korrektur zum Gesetz erlassen. Mit diesen Materialien konnten die DDR-Lehrer ihren Unterricht vorbereiten und gestalten. Bis zu seinem Tod im Jahr 2004 war mein Vater ein kritisch und zuletzt auch sehr nachdenklich politisch denkender Mensch gewesen. In der Zeit vor und nach der Wende, in der für meinen Vater ein Weltbild zusammenbrach, zeigte er seine ganze Menschlichkeit und Würde und seine politische Überzeugung hat er nie aufgegeben.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Mansfeld Links gratuliert zum Geburtstag

im Dezember:

am 04.12.	Erika Heine	Walbeck	am 17.12.	Klaus Bauerfeld	Eisleben
am 04.12.	Ulrich Jüttner	Mansfeld	am 17.12.	Christel Dietrich	Sangerhausen
am 06.12.	Luci Fleischer	Sangerhausen	am 17.12.	Michael Röhrbein	Helbra
am 06.12.	Richard Streich	Benndorf	am 18.12.	Heinz Schobeß	Sangerhausen
am 06.12.	Liselotte Trenschr	Eisleben	am 20.12.	Marlis Kahlenberg	Hettstedt
am 06.12.	Peter Zepke	Hettstedt	am 21.12.	Gerhard Anton	Eisleben
am 08.12.	Ingeborg Köhler	Sangerhausen	am 22.12.	Johanna Bogk	Wallhausen
am 10.12.	August Franz	Sangerhausen	am 22.12.	Hans Deutsch	Hettstedt
am 10.12.	Horst Lentge	Sangerhausen	am 22.12.	Hans Joachim Kühne	Hettstedt
am 10.12.	Gerhardt Schneider	Großörner	am 24.12.	Rena Tabor	Allstedt
am 11.12.	Wolfgang Michael	Sangerhausen	am 25.12.	Peter Bloßfeld	Sangerhausen
am 12.12.	Sigrun Teichmann	Sangerhausen	am 25.12.	Christel Zepke	Hettstedt
am 15.12.	Manfred Hund	Sangerhausen	am 28.12.	Marie Kriegelstein	Röblingen
am 15.12.	Erich Schulze	Sangerhausen	am 29.12.	Oliver Hinze	Gerbstedt
am 16.12.	Christa Regenhardt	Holdenstedt	am 29.12.	Günter Müller	Wallhausen



*Ein frohes Weihnachtsfest
und
ein glückliches, gesundes und
erfolgreiches Jahr 2009
wünscht
allen Mitgliedern und
Sympathisanten der
Partei **Die Linke.***

*die Redaktion von
Mansfeld Links*